Publikation: tbat **Pagina:** 33 **Ist-Farben:** cmyk0
Ressort: at-au **Erscheinungstag:** 10. 7. 2014 **MPS-Planfarben:** cmyk

«IG Starkes Ausserrhoden» auf Kurs

AUSSERRHODEN. Ende Mai gründete eine Gruppe unter der Leitung von Initiant Roger Sträuli, Rehetobel, die «IG Starkes Ausserrhoden». Ziel der sich als politisch neutral verstehenden IG ist es, der Bevölkerung eine Plattform zu bieten, damit sie sich zum Thema «Optimierung der Gemeindestrukturen» äussern kann. Dafür wurde auf der Homepage der IG eine Befragung aufgeschaltet.

Umfrage läuft weiterhin

«Die Gründung der IG hat durchwegs positive Reaktionen ausgelöst», zieht Roger Sträuli eine erste Zwischenbilanz. Man habe von breiter Seite grosse Solidarität und Unterstützung erfahren. «Viele forderten uns auf, das Thema voranzutreiben. Wir erhielten auch verschiedene Angebote zur aktiven Mithilfe.» Die Absicht der IG scheine unbestritten. Roger Sträuli: «Aus verschiedenen Stellungnahmen ist zu schliessen, dass sie auch von der Regierung befürwortet wird.»

An der Umfrage haben sich laut Roger Sträuli in kurzer Zeit weit über hundert Personen beteiligt. Dabei haben sich die meisten nicht nur auf die Beantwortung der Fragen beschränkt, sondern sich mit Beiträgen auch persönlich eingebracht. Es habe sich gezeigt, dass zwei Drittel der Teilnehmenden die Möglichkeit, sich einzubringen, als wichtig erachte. 80 Prozent seien der Meinung, dass die Mehrheit der Gemeinden zu klein sei, um auf Dauer überleben zu können. Die Umfrageteilnehmer sähen zudem bei den Gemeindeverwaltungen konkreten Handlungsbedarf. Die Umfrage ist weiterhin aufgeschaltet; jedermann ist eingeladen, die zwölf Fragen bei einem Zeitaufwand von ungefähr fünf Minuten zu beantworten.

Erster Anlass für Mitglieder

Weiterhin sei die IG auch auf Mitglieder angewiesen. Alles Wissenswerte dazu findet sich ebenfalls auf der Homepage. Am 18. September wird eine erste Versammlung für Mitglieder durchgeführt. Sie werden als erste die detaillierten Umfrageergebnisse erfahren. Wie Roger Sträuli in Aussicht stellt, seien weitere Anlässe vorgesehen. Die IG werde sich zudem auch lokal politisch engagieren und einbringen. Zum IG-Vorstand gehören nebst Roger Sträuli Ursula Weibel, Waldstatt, Markus Brönnimann, Herisau, Annette Joos Baumberger, Herisau, Markus Bänziger, Teufen, Walter Nef, Urnäsch, Stephan Wüthrich, Wolfhalden, und Andreas Zuberbühler, Rehetobel. (eg)

Umfrage, Mitgliedschaft, Informationen: www.starkes-ar.ch

Anzeige

Bau/Umwelt und Inneres/Kultur verschwinden als Departemente

MONIKA EGLI

AUSSERRHODEN. Das Departement Bau und Umwelt kommt zum Wirtschaftsdepartement, die Kultur zur Bildung, Inneres zur Sicherheit: Das sind die wichtigsten Änderungen in der Neustrukturierung der Departemente. Wenn es ab dem 1. Januar 2016 nur noch deren fünf gibt, so heissen diese «Finanzen», «Bildung und Kultur», «Gesundheit und Soziales», «Bau und Wirtschaft» sowie «Inneres und Sicherheit». Bei der Kantonskanzlei wird neu der Aufgabenbereich «Aussenbeziehungen» angegliedert. Gestern hat der Regierungsrat nicht nur die Medien über die weiteren Schritte in der Staatsleitungsreform informiert, sondern gleichzeitig die Vernehmlassung zur Teilrevision des Organisationsgesetzes (OrG) eröffnet; sie dauert bis am 11. September.

Bild: bei

Im Regierungsgebäude befindet sich ein Teil der Kantonalen Verwaltung. Sie wird neu organisiert.

In zwei Phasen

Nach dem Ja des Stimmvolks zur Staatsleitungsreform im vergangenen Mai gilt es nun, die neuen Vorgaben der Kantonsverfassung umzusetzen. Mit der Reduzierung der Regierungsratsmitglieder werden auch die Departemente reduziert, zudem wird die ganze Verwaltung neu organisiert. Frau Landammann Marianne Koller sagte gestern, der Regierungsrat strebe in einer ersten Phase an, Flexibilität zu wahren. Deshalb wurden im vorliegenden ersten Schritt nur die Aufgabenbereiche festgelegt; welche Ämter und Fachstellen diese Aufgabenbereiche bewältigen werden, wird nun in einer zweiten Phase erarbeitet. Dafür wurden fünf Teilprojekte aufgegleist, die von je einem Regierungsrat geleitet werden. Das Ziel seien flache Hierarchien. In diese Projekte fliessen gleichzeitig die Massnahmen ein, die sich aus der Aufgabenüberprüfung der Kantonsverwaltung ergeben. Es wurde gestern denn auch mehr als einmal betont, dass diese Verflechtung von Staatsleitungsreform und Entlastungsprogramm einmalige Chancen biete.

Aus Haupt- wird Vollamt

Eine weitere Neuerung des OrG ist der Übergang vom Haupt- zum Vollamt: Berufliche Nebenverdienste und zeitaufwendige Mandate sind den Regierungsräten künftig nicht mehr erlaubt. Verlangt wird auch eine Offenlegung von Interessenbindungen des Regierungsrats. Zudem warten viele weitere gesetzliche Anpassungen; alleine die neue Bezeichnung der Departemente löst zahlreiche Abstimmungen in den Spezialgesetzen aus.

Personelle Konsequenzen

Es wurde gestern nicht verhehlt, dass personelle Konsequenzen zu erwarten sind. Zum einen müssen zwei Departementssekretariate aufgelöst werden. Zum andern steht eine Reduktion der Anzahl Organisationseinheiten an; ergo braucht es künftig auch weniger Leiterinnen und Leiter. Es stehen zudem Ämterverschiebungen und -zusammenlegungen bevor. Wie versichert wurde, setzt man auf natürliche Fluktuationen.

Organisation
Die Umstellung

- **9. Juli 2014** Eröffnung der Vernehmlassung zur Teilrevision Organisationsgesetz
- **11. September 2014** Ende der Vernehmlassungsfrist
- **23. Februar 2015** 1. Lesung im Kantonsrat
- **27. Februar 2015** Beginn der Volksdiskussion. Sie läuft bis am 27. März 2015.
- **11. Mai 2015** 2. Lesung im Kantonsrat
- **15. Mai 2015** Beginn der Referendumsfrist. Sie läuft bis am 14. Juli 2015
- **1. Juni 2015** Beginn der neuen Amtsperiode, die revidierte Verfassung tritt in Kraft; ab hier besteht der Regierungsrat aus fünf Mitgliedern, bis Ende 2015 bestehen aber noch sieben Departemente
- **18. Oktober 2015** Volksabstimmung, falls das Referendum zustande kommt.
- **1. Januar 2016** Das revidierte Organisationsgesetz tritt in Kraft; ab diesem Datum wird die Verwaltung in fünf Departementen geführt.

Finanzen

- Finanzen
- Steuern
- Personal
- Immobilien

Bildung und Kultur

- Volksschule
- Höhere Schulen/ Berufsbildung
- Sport
- Kultur

Gesundheit und Soziales

- Gesundheitsversorgung
- Verbraucherschutz
- Soziales
- Gesellschaft

Bau und Wirtschaft

- Wirtschaft und Arbeit
- Land- und Forstwirtschaft
- Raumentwicklung
- Tiefbau
- Umwelt und Energie

Inneres und Sicherheit

- Inneres
- Bevölkerungsschutz und Militär
- Polizei/Strafverfolgung
- Migration

Um Geld zu sparen, braucht es Geld

BRUNO EISENHUT

HERISAU. Im Zuge des Sparpakets läuft momentan die Aufgabenüberprüfung (AÜP) der kantonalen Verwaltung. Wie Finanzdirektor Köbi Frei an der gestrigen Medienkonferenz erklärte, fliessen die Massnahmen daraus in die Projekte der Reorganisation mit ein. Frei zeigte auf, dass eine dauerhafte Entlastung des Staatshaushaltes durch effizientere Prozesse nur dann möglich sei, wenn vorgängig Investitionen gemacht würden. Der Finanzdirektor rechnet mit einmaligen Kosten von rund 1 Mio. Franken. Hinzu kommen die im Abstimmungsedikt zur Staatsleitungsreform bezifferten 500 000 Franken für die Umsetzung der Reform. Zur Finanzierung der Massnahmen aus AÜP und Reorganisation der kantonalen Verwaltung wird der Regierungsrat an der Dezembersitzung dem Kantonsrat einen Verpflichtungskredit über maximal 1,5 Mio. Franken beantragen. «Wer ernten will, muss zuerst säen», fasste Finanzdirektor Frei zusammen. Mit der Perspektive, jährlich sieben Mio. Franken zu sparen, sei ein Kredit in dieser Höhe allemal vertretbar.

Kantonsrat beschliesst Löhne

Im kommenden Dezember wird der Kantonsrat nebst dem Kredit auch über die künftigen Löhne der Regierungsräte befinden müssen. Die Finanzkommission wird bis dahin eine entsprechende Vorlage ausarbeiten. «Der Kredit und die Besoldung werden sich im Voranschlag 2015 niederschlagen», so Köbi Frei.

Die Aufgabenüberprüfung der Verwaltung wird als «Paket 2» des laufenden dreiteiligen Entlastungspakets bezeichnet. Während Paket 1 (Politik) und Paket 3 (NFA/Steuerfuss) gemäss der regierungsrätlichen Planung in Umsetzung sind, wird die AÜP in zwei Schritte unterteilt. Erste Massnahmen werden sich im Voranschlag 2015 niederschlagen. Beispielsweise trägt gemäss Angabe von Köbi Frei im 2015 die Reduktion durch Dienstleistungen Dritter genauso zu rund vier Mio. Franken Einsparungen bei wie der Verzicht auf Förderprogramme.

Bild: bei

Finanzdirektor Köbi Frei: «Zuerst säen, dann ernten.»

Sieben Mio. Franken bleiben Ziel

Für die darauffolgenden Jahre seien weitere Massnahmen geplant, aber noch nicht beschlossen. «Politisches Ziel bleiben die jährlich angestrebten sieben Mio. Franken», so Finanzdirektor Köbi Frei.